

Die Logik des Wirtschaftskrieges

Sanktionen sollen Russlands Kampfkraft entscheidend schwächen. Das Kalkül kann aufgehen, wenn der Westen realistisch bleibt und die ökonomischen Mechanismen beachtet. Ein Gastbeitrag von Martin Braml und Gabriel Felbermayr.

Von Martin Braml, Gabriel Felbermayr



Unterirdischer Reichtum: Gaspipeline-Markierungen in Russland [Bloomberg](#)

BEITRAG TEILEN

Wie soll man mit einer Atommacht umgehen, die zahlreiche Kriegsverbrechen begeht, Völkerrecht bricht und ihre Position im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen missbraucht, um der Weltöffentlichkeit Lügen aufzutischen? Und all dies zum Zweck, die demokratische Selbstbestimmung ihrer Nachbarn zu unterdrücken, vermeintlich historische Gebietsansprüche zu stellen und anderen Nationen das Existenzrecht abzuspochen.

Der 24. Februar 2022 markiert eine historische Zäsur. Nicht nur für die Ukraine, die am stärksten unter Russlands brutalem Angriffskrieg zu leiden hat, sondern auch für uns in den vermeintlich sicheren EU- und NATO-Staaten. Francis Fukuyama sieht nun endgültig „das Ende des Endes der Geschichte“ gekommen und spricht von einem Angriff auf die gesamte liberale Weltordnung bestehend aus Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft. Europa ist wieder geteilt. Europa führt wieder Krieg.

Das Kräfteverhältnis spricht klar für den Westen

Carl von Clausewitz beschreibt den Krieg als Fortführung der Politik mit anderen Mitteln. Der Krieg ist demnach kein Selbstzweck, sondern unterliegt dem Primat der Politik und kann als Ersatz für gewöhnliche Außenpolitik dienen. Der Westen will keine militärische Auseinandersetzung führen, muss aber nach dem Scheitern von Diplomatie und Appeasement andere Mittel finden, seine Politik gegenüber Russland durchzusetzen. Wirtschaftssanktionen gegen Einzelpersonen, aber vor allem gegen die gesamte russische Volkswirtschaft bieten sich an.

Das Kräfteverhältnis spricht dabei klar für den Westen: Die gemeinsame Bruttowertschöpfung der sanktionierenden Länder (G 7, EU, Australien, Schweiz, Südkorea) übersteigt die russische um den Faktor 33. Auch technologisch ist Russland in wichtigen Bereichen, etwa der Halbleiterherstellung, abgehängt.

Der Wirtschaftskrieg folgt im Grundsatz einer Kriegslogik. Russlands Wirtschaft zum Kollaps zu bringen bedeutet, sich Russland als Ganzes zum Feind zu nehmen – und nicht nur die Verantwortlichen der Putin-Diktatur. Dafür gibt es gute Gründe: Es geht darum, dem russischen militärisch-industriellen Komplex die wirtschaftlichen Ressourcen zu entziehen. Das muss aber auch in aller Klarheit so benannt werden.

Was berücksichtigt werden muss

Wie im echten Krieg gibt es Kollateralschäden, da Handelsembargos nicht zwischen Zivilisten und Kombattanten unterscheiden. Und wenn Russland möglicherweise keine Devisen mehr zum Medikamentenimport aufbringen kann, würde dies nicht ohne Wirkung auf uns bleiben, die wir überzeugt sind, einen gerechten Krieg (*bellum iustum*) zu führen. Zu Recht wird auf die Lage russischer Regimekritiker aufmerksam gemacht, die ungerechtfertigterweise ins Visier des Westens geraten.

Ein Wirtschaftskrieg basierend auf einem strikten Sanktionsregime muss folgendes berücksichtigen: *Erstens* ist es nicht richtig, dass Sanktionen schon damit hinfällig werden, dass sie tatsächlich verhängt werden müssen. Ihr Zweck liegt nicht allein in der Abschreckung. Zum einen unterfüttern sie die Glaubwürdigkeit künftiger Sanktionsdrohungen – ob in diesem Krieg oder dem nächsten, den so mancher Beobachter Asiens jetzt schon mitdenkt. Zum anderen eröffnen bestehende Sanktionen Verhandlungsspielräume, weil man sie schließlich wieder aufheben kann. Dies sollte auf strikter Konditionalität beruhen, etwa einem Waffenstillstand oder dem Rückzug der russischen Armee aus der Ukraine. Das Ergebnis lässt sich gut beobachten, wodurch man auch mit einem

international geächteten Land in Verhandlungen treten kann, das ansonsten kein Vertrauen mehr genießt.

Damit folgt, *zweitens*, dass Sanktionen auch Einfluss auf das operative Kriegsgeschehen nehmen können. Ökonomen diskutieren derzeit, inwiefern die russische Kriegsmaschinerie tatsächlich vom Zufluss der Petrodollars und -euros abhängt. Manche behaupten, Russlands Wehrfähigkeit wäre vom Devisenzufluss entkoppelt, weil seine Soldaten ihren Sold und seine Munitionsfabriken ihre Zahlungen in Rubel erhielten (was für syrische Söldner ohnehin nicht stimmen dürfte). Rubel könne die Regierung unbegrenzt nachdrucken. Devisen werden dazu in der Tat nicht benötigt, man braucht sie allerdings für den Import vieler Konsum- und Investitionsgüter, selbst wenn man diese aus China bezieht, das sich auch nicht in Rubel bezahlen lassen möchte.

All diese importierten Waren fehlen der russischen Wirtschaft, sodass der Rubel bei einem Total-Embargo immens an Kaufkraft verlöre. Soldaten und Munitionsfabrikanten bekämen zwar weiter Rubel, diese wären aber weitestgehend wertlos. In den Regalen gäbe es auch keine Importwaren mehr – wie zu den Sowjetzeiten, die sich Präsident Wladimir Putin so sehr zurückwünscht. Ein Abschneiden vom Weltmarkt dürfte damit nicht ohne Wirkung auf die offenbar ohnehin niedrige Kampfmoral der russischen Armee bleiben, insbesondere wenn der Krieg länger dauert. Daher hängt die Fähigkeit zur Kriegsführung zumindest mittelbar sehr wohl vom Devisenzufluss ab.

Mehrheit der Deutschen für schärfere Sanktionen

Drittens bedarf es einer realistischen Einschätzung des Durchhaltevermögens von Sanktionen. So wie Freihandel den Wohlstand aller Beteiligten mehrt, verursachen Handelsbarrieren Wohlfahrtsverluste nicht nur aufseiten des Sanktionierten, sondern auch aufseiten der Sanktionierenden. Unter der Annahme, dass Russland imstande wäre, in ihrer Wirkung äquivalente Handelsbeschränkungen gegen den Westen zu errichten, gilt als Faustregel, dass beide Seiten in absoluten Beträgen gerechnet ungefähr gleich viel verlieren. Da die Größe der russischen Wirtschaft aber bloß ein Dreiunddreißigstel der westlichen Staaten beträgt, verliert es relativ betrachtet ganze 33-mal so viel Wohlstand. Dies mag eine Übertreibung sein, weil Russland mit seinen großen Gas- und Öllieferungen über schlecht ersetzbare Exportgüter verfügt. Dennoch ist dieser Hebel wichtig, um den Schaden abzuschätzen, den wir Russland zufügen können.

Aber auch für die Sanktionierenden stellt sich die Frage, wie lange Bevölkerung und damit auch Politiker bereit sind, Entbehrungen zu erdulden. Die euphorische Verzichtsbereitschaft zu Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 hielt allenfalls bis zum ersten Winter, ehe sie in Unzufriedenheit kippte und schließlich in Frustration mündete. Derzeit spricht sich eine Mehrheit der Deutschen für schärfere Sanktionen bis hin zum Total-Embargo aus. Solange dieser Wille trägt, könnte man in der Tat zusätzliche Sanktionen im Sinne einer Maximum-Pressure-Strategie ins Auge fassen: Beim militärischen Blitzkrieg ist der totale Ressourceneinsatz nur über begrenzte Zeit durchhaltbar, während dieser der Gegner überwältigt und zur Aufgabe gezwungen werden soll. Analog dazu könnte ein Total-Embargo flankiert mit Sekundärsanktionen für nicht teilnehmende

Länder die russische Wirtschaft derart kollabieren lassen, dass entweder die Bevölkerung oder Teile der Eliten Putins Herrschaft ein Ende bereiten.

Das ist freilich ein Vabanquespiel mit kurzfristig hohen Kosten und ungewissem Ausgang. Wäre es erfolgreich, wären die langfristigen Kosten allerdings minimal, weil alle Sanktionen sehr schnell wiederaufgehoben werden könnten. Umgekehrt wäre ein vorzeitiges Abbrechen von Boykottmaßnahmen ein geopolitischer Super-GAU. Das intertemporale Kostenkalkül von Sanktionen ist demnach alles andere als einfach. Eine Gruppe namhafter Ökonomen schätzt, dass die deutsche Wirtschaftsleistung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei einem Total-Embargo um 0,5 bis 3 Prozent sinken würde. Die Verluste wären also selbst im schlechtesten Fall geringer als in der Corona-Rezession 2020, in der das BIP um 4,5 Prozent schrumpfte. Die Verluste fielen überdies vorwiegend in anderen Wirtschaftszweigen an, nämlich im verarbeitenden Gewerbe.

Viertens müssen Substitutionsmöglichkeiten und Handelsumlenkungen in das Kalkül miteinbezogen werden. Erdöl ist ein homogenes Gut, für das ein Weltmarkt existiert. Das bedeutet, es ist Importeuren grundsätzlich egal, woher es stammt, solange der Preis stimmt. Ein Ölimportembargo würde russische Ölexporte in den Westen zwar stoppen, gleichwohl kann es sein Öl anderen anbieten. China könnte zum Beispiel ein dankbarer Abnehmer russischen Öls sein, dessen Preis derzeit etwa 25 Prozent unter dem für amerikanisches Öl liegt. Das ist für ein homogenes Gut wie Öl ungewöhnlich; der Effekt könnte nur vorübergehender Natur sein, bis sich ein neues Marktgleichgewicht einpendelt. Er könnte aber auch Ausdruck dessen sein, dass russisches Öl nur noch von wenigen Marktteilnehmern abgenommen wird, die deshalb die Preise drücken können. Dieser Preiseffekt bedeutet für Russland einen herben Wohlfahrtsverlust, weil für dieselbe Menge an Exporten viel weniger importiert werden kann.

Ein Erdgas-Embargo dürfte dennoch wirkungsvoller sein, weil Handelsumlenkungen kaum möglich wären: Russische Gaspipelines sind voll auf Europa ausgerichtet, Russland kann mit der bestehenden Infrastruktur nicht einfach andere Märkte bedienen. Das macht Russland verwundbar. Beim pipelinegebundenen Gasimport fehlen uns aber die Substitutionsmöglichkeiten noch stärker als beim Öl. Daher sollte alles unternommen werden, Ersatz zu schaffen. Eine Laufzeitverlängerung der bestehenden Atomkraftwerke verringert den Gasbedarf zur Spitzenlastglättung bei der Verstromung und schafft Puffer für schwieriger zu substituierende Prozess- und Heizgasbedarfe.

Geschwindigkeit sticht Perfektion

Aus den Fehlern der Impfstoffbeschaffung sollten wir beim Einkauf von Flüssiggas (LNG) Lehren ziehen: Herstellern sollte mit der Zusage langfristiger Lieferarrangements die Ausweitung der Kapazitäten schmackhaft gemacht werden. Das muss man europäisch koordinieren, damit nicht ein Land das andere auf den Märkten überbietet. Außerdem gibt es Pläne für den Bau von LNG-Terminals in Deutschland, sodass man nicht den Umweg über andere europäische Terminals gehen muss.

Auch die anderen Regeln der Pandemie gelten weiter: Klotzen, nicht kleckern; Geschwindigkeit sticht Perfektion. Je besser wir zu substituieren lernen, desto schneller und günstiger kann Europa energetisch von Russland unabhängig werden. Falls man den Willen zu einem Total-Embargo nicht aufbringen möchte, wäre ein Öl- und Steinkohleboykott eine kostengünstigere Variante, Russland empfindlich zu treffen.

Über alldem steht allerdings, dass wir, *fünftens*, die strategischen Ziele klarer setzen. Sehen wir die Sanktionen ausschließlich im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine? Oder sind sie Teil einer breit und auf Dauer angelegten Konfrontation zwischen Russland und dem Westen? Vieles spricht für Letzteres, denn während Putins Panzerkolonnen stocken, zertrümmert sein Polizeistaat die letzten Reste demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen im Inneren. Der britische „Economist“ bezeichnet die Repressionen als „Stalinisierung“ Russlands. Daher ist anzunehmen, dass mit dieser russischen Führung kein Frieden mehr zu machen ist. Selbst wenn der heiße Krieg in der Ukraine endet, bleibt ein neuer Kalter Krieg und damit eine systemische Bedrohung für EU und NATO.

Auch innerhalb der WTO sieht es für Russland nicht gut aus

Deshalb erscheint es utopisch, zeitnah zum Status quo ante vor dem Angriff auf der Ukraine zurückzukehren. Für die deutsche Wirtschaft bedeutet dies hohe Abschreibungsverluste. Die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in Russland betragen laut Bundesbank im Jahr 2020 rund 23,7 Milliarden Euro. Sollte Russland ausländische Unternehmen verstaatlichen, die ihre Aktivitäten dort einstellen, bliebe der Weg, über internationale Investitionsschiedsgerichte Entschädigung einzuklagen. Sie könnte über Pfändungen russischen Vermögens im Ausland eingetrieben werden, wenngleich solche Verfahren oft mehrere Jahre dauern. Dabei kommt zugute, dass russische Investoren ihr Kapital bisher lieber in den Westen trugen, als es bei Mütterchen Russland anzulegen. Anhand der Leistungsbilanzüberschüsse Russlands zwischen 2000 und 2020 kann dessen Auslandsvermögen auf mindestens 1268 Milliarden Dollar taxiert werden, Wertzuwächse nicht eingerechnet. Rechtsgrundlage für mögliche Entschädigungen deutscher Unternehmen bildet das deutsch-russische Investitionsschutzabkommen aus dem Jahr 1991.

Auch innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) sieht es für Russland derzeit nicht gut aus. Zwar wurde noch kein Versuch unternommen, Russland de jure auszuschließen, obwohl es in der UN-Vollversammlung die dazu notwendige Dreiviertelmehrheit geben könnte. Die westlichen Staaten suspendieren Russlands Mitgliedschaft allerdings faktisch, indem sie ihm den Meistbegünstigungs-Status entziehen. Das ist ein Gleichbehandlungsgrundsatz, nach dem jedes Mitglied allen anderen 163 WTO-Mitgliedern denselben Marktzugang gewährt. Praktisch bedeutet dies, dass chinesische Automobilteile in der EU mit demselben Importzoll belegt werden wie amerikanische, brasilianische oder indische. Für russische gilt das nun nicht mehr aufgrund einer nationalen Sicherheitsklausel (GATT Art. XXI), die Russland ironischerweise selbst gegenüber der Ukraine vor einigen Jahren zog. Allerdings sind solche juristischen Überlegungen bezüglich der WTO-Rechtmäßigkeit von Sanktionen

derzeit praktisch wenig relevant, da das Berufungsgericht, vor dem Klagen verhandelt würden, seit mehr als zwei Jahren wegen eines US-Vetos nicht mehr besetzt ist.

Die momentan unmittelbarste ökonomische Folge des Kriegs in der Ukraine sind Verwerfungen auf den Rohstoffmärkten, insbesondere bei Energie. Der Energiepreisschock verstärkt die aus der Pandemie geerbte Angebotskrise und befeuert zusätzlich die Inflation. Es droht eine Wiederholung der 1970er Jahre mit der für diese Zeit typischen Stagflation. Panik ist mit Blick auf den Ölmarkt aber nicht angebracht: Ölpreise jenseits der 100-Dollar-Marke in den Jahren 2011 bis 2014 stürzten Deutschland nicht in die Rezession. Wir sollten uns angesichts vorübergehender Preisexzesse auch nicht täuschen lassen: Strukturell stehen genügend fossile Energien zur Verfügung. Die OPEC-Staaten erforschten zwischen 2009 und 2018 mehr neue Ölreserven, als sie insgesamt an Öl förderten.

Die weltweiten Gasreserven wiederum werden mindestens auf das Vierzigfache des derzeitigen globalen Jahresverbrauchs geschätzt. Wenn Preise steigen, reagieren Anbieter mit einer letztlich preisdämpfenden Ausweitung der Produktion. Eine weitere Lehre der Pandemie war schließlich, dass vormals knappe und damit teure Güter (wie Masken) nach Anpassungsphasen vermehrt und vergünstigt hergestellt wurden. Die Politik sollte dazu beitragen, dass sich angebotsseitige Reaktionen möglichst schnell entfalten können. Für viele Öl- und Gasanbieter könnte es außerdem die letzte Chance auf hohe Fördergewinne vor der Dekarbonisierung vieler Volkswirtschaften sein. Auch dass die USA wieder mit Venezuela und Iran über die Teilnahme am Ölweltmarkt verhandeln, lässt hoffen.

Der Selbstbehauptungswille des ukrainischen Volkes scheint grenzenlos. Dies mag der Tatsache geschuldet sein, dass es weiß, wofür es kämpft: für Freiheit und Demokratie, für seine Unabhängigkeit und eine künftige Mitgliedschaft in der EU. Für die Ukraine ist das nicht bloß ein Kampf um abstrakte Werte, sondern für ein Versprechen auf Wohlstand in der Zukunft.

Frieden in Europa ist auch die zentrale Grundlage unseres Wohlstands. Deshalb führt auch Deutschland einen Wirtschaftskrieg gegen Russland, wenngleich es sich dessen noch nicht ganz bewusst ist. Dafür Wohlstandsverluste in Kauf zu nehmen ist angemessen, denn gerade auch für reiche Länder steht viel auf dem Spiel. Wie beim Corona-Lockdown nimmt man mit Sanktionen ein Übel in Kauf, um ein größeres Übel abzuwenden. Deutschland ist zudem finanziell in der Lage, soziale Härten abzufedern und die fehlgeleitete Energiepolitik der vergangenen Jahre zu korrigieren. Vielleicht muss Russland – ähnlich wie Deutschland im 20. Jahrhundert – zweimal in kurzer Zeit wirtschaftlich, aber vor allem moralisch zusammenbrechen, ehe es dem Imperialismus abschwört und den Nutzen einer regelbasierten und freiheitlichen Friedensordnung erkennt.